

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (5. Jahrgang, Nr. 9, September 2011)

**Tu erst das Notwendige, dann das Mögliche, und
plötzlich schaffst du das Unmögliche.**

Franz von Assisi

*Wolfgang Rose**

Wir retten nicht Griechenland, sondern die Banken

Das Bild vom deutschen Zahlmeister für Europa ist falsch. Wir müssen die Binnennachfrage mit höheren Löhnen ankurbeln, sagt der Gewerkschafter Europa ist umstritten, bei vielen sogar unbeliebt. Die Zustimmung zur Europäischen Union sinkt seit Jahren. Europafeindliche Einstellungen sind weit verbreitet, in einigen Ländern schlägt sich dies bereits in Wahlergebnissen nieder.

Wen wundert's? Nicht erst seit Griechenland herrscht das Bild vor, Deutschland sei der Zahlmeister Europas. Die fleißigen und sparsamen Deutschen müssen für faule Südeuropäer eintreten, so der weitverbreitete Eindruck, der von manchen Medien geschürt wird. Deshalb sind sich auch fast alle einig: Wenn wir die (die Griechen, Iren, Portugiesen ...) schon mit unseren hart erarbeiteten Steuergroschen retten, dann sollen sie sich zukünftig bitte schön an die deutschen Tugenden halten: mehr arbeiten, weniger verdienen, weniger ausgeben.

Doch diese Sichtweise ist oberflächlich, ja falsch. Das beginnt bei einfachen Fakten – so arbeiten die angeblich so faulen Griechen in Wahrheit länger als die Deutschen – und endet beim Verschweigen von Zusammenhängen. Wen die deutschen Steuerzahler mit den Krediten für Griechenland nämlich tatsächlich retten, sind – mal wieder – die deutschen Banken. Denn sie halten einen Großteil der griechischen Staatsanleihen, die sie sonst abschreiben müssten.

Der entscheidende Fehler aber liegt in der Bigotterie der deutschen Wirtschaftspolitik. Denn einerseits verlangt die Kanzlerin von den anderen Ländern wohlfeil den Abbau ihrer Schulden; andererseits besteht sie ungerührt auf dem extrem unausgeglichenen deutschen Wachstumsmodell. Es ba-

siert nach wie vor fast ausschließlich auf Exporten statt auf einer starken Inlandsnachfrage.

Was die Bundeskanzlerin nicht sagt, ist: Wenn Deutschland in Europa weiter viel verkauft, aber wenig einkauft, wenn es an seinem enormen Exportüberschuss festhält, müssen andere Länder zwangsläufig einen Importüberschuss haben. Und der muss finanziert werden – durch Schulden. Die schlichte Wahrheit ist: Unsere Exportrekorde sind zwangsläufig die Schuldenrekorde der anderen, das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Die wichtigste langfristige Maßnahme gegen die europäische Finanzkrise wäre also eine Korrektur des deutschen Wirtschaftsmodells hin zu einer stärkeren Binnennachfrage. Das verlangt im Kern einen deutlichen Anstieg der Einkommen. Die Löhne in Deutschland sind seit über zehn Jahren im europäischen Vergleich extrem zurückgefallen. Während sie hierzulande real stagnierten oder sogar fielen, sind sie in fast allen anderen EU-Ländern deutlich angestiegen. Das deutsche Wachstum beruht auf Lohndumping - nur deshalb sind unsere Produkte so billig, dass sie die Märkte überschwemmen.

Doch dieses Modell führt auf Dauer zwangsläufig zu Instabilität, zu Finanz- und Schuldenkrisen. Deshalb muss die Inlandsnachfrage gestärkt werden: Durch höhere Löhne und durch die Korrektur lohnsenkender Faktoren wie entgrenzte Leiharbeit, Minijobs und Hartz IV auf Armutsniveau. Wir brauchen endlich einen allgemeinen Mindestlohn und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ - bei der Leiharbeit und überall.

Doch die Bundesregierung predigt genau das Gegenteil. Nicht nur in Griechenland, sondern in der ganzen EU will sie mit ihrem „Pakt für den Euro“ erneut die altbekannten „Reformen“ durchsetzen: Schwächung von Flächentarifen, Lohnsenkung, Rentenkürzung, Privatisierung von Dienstleistungen, Sozialversicherung und Infrastruktur. Und das alles, damit die Länder wieder „das Vertrauen der Finanzmärkte“ gewinnen – also jener Banken und Hedgefonds, die mit ihren Zockereien die ständig

neuen Finanzkrisen verursachen. So offen hat man noch selten den Bock zum Gärtner gemacht.

Die Arbeitnehmer haben solche „Reformen“ längst satt: Wenn die EU in ihrer Wahrnehmung nur den Wettbewerb entfesselt, Ausschreibungen gegen einheimische Unternehmen organisiert und durch die sogenannte „Liberalisierung“ bei Handel und Dienstleistungen, etwa im Hafen und am Flughafen, Unsicherheit und Lohndumping befördert, wird die europäische Idee für Lohnabhängige zum Albtraum.

Sie spüren: Dieses neoliberale Gebilde ist nicht ihr Europa, sie wollen es anders. Wenn die EU zu einem „Europa der Mehrheit“ werden soll, der Arbeitnehmer, des Mittelstands, der Durchschnittsverdiener und auch der Hilfebedürftigen, dann brauchen wir einen Kurswechsel: Europa hat nur eine Zukunft, wenn es wirklich für alle da ist.

aus: Hamburger Abendblatt vom 14.07.2011

* Wolfgang Rose von ver.di Hamburg wird auf dem 6. Berufspolitischen Forum am 10. September 2011 im Rauhen Haus zum Thema „Zersplitterte Tarifsysteme im Raum von Kirche, Diakonie und Caritas“ referieren.

6. Berufspolitisches Forum

„Mein Lohn ist, dass ich dienen darf“

Termin: Sonnabend, 10. Sept. 2011, 11.30 bis 16 Uhr

Ort: Mensa im Brüderhaus, Horner Weg 170

Veranstalter: Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität und den nordelbischen Diakonen- und Diakoninnengemeinschaften

Anmeldung: im Diakonenbüro

aus: „Der Bote“, Nr. 1, Juli 2011

Misha Leuschen

Bei Dumping zahlen alle drauf

Dumpinglöhne sind ein Skandal, findet Undercover-Journalist Günter Wallraff. Die Ausbeutung von Arbeitnehmern ist auch für die Gewerkschaftsvorsitzenden Frank Bsirske (Verdi) und Franz-Josef Möllenberg (Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten NGG) ein Reizthema. Deshalb haben Günter Wallraff und die Gewerkschafter das Buch „Leben ohne Mindestlohn - Arm wegen Arbeit“ herausgebracht, in dem Niedriglöhner, Leiharbeiter und Aufstocker zu Wort kommen.

Um überhaupt über die Runden zu kommen, müssen 1,4 Millionen Menschen im reichen Deutschland ihr Einkommen mit staatlichen Mitteln aufstocken trotz Vollzeitjob und qualifizierter Ausbildung.

Was das bedeutet, kann man beim „Dumpinglohnmelder“ nachlesen, einer Internetplattform, bei der schon mehr als 1500 Meldungen von Niedriglöhnern eingegangen sind. In Sachsen-Anhalt kann man im Bäckerhandwerk mit 2,08 Euro pro Stunde abgespeist werden, in Bayern ist man für Zeitarbeit mit 2,88 Euro Stundenlohn dabei, und in Baden-Württemberg darf man sich im Bereich Erziehung für 2,60 Euro pro Stunde ausbeuten lassen. Damit erreicht man nicht mal die Hälfte der Summe von 925 Euro im Monat, bei der die Armutsgrenze für Alleinstehende liegt.

Rund 50 Milliarden Euro hat der Staat seit 2005 an Aufstocker gezahlt, Tendenz steigend: 2009 lag die Summe bei elf Milliarden. „Hier bereichern sich Firmen am Geld der Steuerzahler“, sagt Bsirske. Er hat schon 2006 mit Möllenberg die „Initiative Mindestlohn“ gegründet, um einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde durchzusetzen. „Einen Mindestlohn befürworten inzwischen 80 Prozent der Bundesbürger“, sagt Möllenberg.

„Das Buch skandalisiert nicht nur die Niedertracht, es feiert auch die Solidarität, die Hoffnung, die wir trotz allem nicht verloren haben“, findet Wallraff. Der Journalist Ulrich Jonas, der auch Hinz & Kunzt-Autor ist, hat für das Buch Menschen getroffen, die gegen Lohndumping kämpfen. Doch vor allem hat er mit Arbeitnehmern gesprochen, die von ihrem Lohn nicht leben können.

aus: „Hinz & Kunzt“ vom Juni 2011

Für unser Thema „Prekäre Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ (vgl. Info-Blatt 10/2009) suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eures Arbeitslebens verändert? Braucht Ihr Unterstützung? Erfahrungen bitte an andreas.ehrich@arcor.de

Jesus Christus spricht: Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.

(Monatsspruch September 2011 aus Matthäus 18,20)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS) trifft sich am **Donnerstag 22.09.2011 und Donnerstag, 20.10.2011 jeweils von 18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenpflegeschule, III. Stock)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen. Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg